



KREISTAG: DIE SCHLIMMSTEN BEFÜRCHTUNGEN SIND NUN WIRKLICHKEIT

Der Kreistag hat es beschlossen: um ein Prozent soll der Haushalt pauschal kürzt werden, Stichwort globale Minderaufwendungen. Mittels der Mehrheit von CDU und SPD wurde in der gleichen Sitzung aber auch festgelegt, dass die Förderung der freien Träger im Jugend- und Sozialbereich auf das Niveau von 2013 gesenkt werden soll. Als Resultat auf diese unsoziale Entscheidung haben in der letzten Woche viele Träger im Vogtland die Kündigung durch den Landkreis bekommen, um so den Weg für neue Verhandlungen und Einsparungen möglich zu machen.

Die Landtagsabgeordnete und Kreisrätin Janina Pfau von den LINKEN findet das untragbar. „Die engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Jugend- und Sozialbereich leisten sehr gute Arbeit, besonders an den Stellen, wo viele andere wegschauen. Honoriert wird diese

wichtige gesellschaftliche Leistung mit ständigen Kürzungen. Es ist für DIE LINKE untragbar, dass wieder einmal bei den Schwächsten der Gesellschaft gespart werden soll. Einsparungen sind im Jugend- und Sozialbereich nicht mehr möglich, wenn die Qualität erhalten bleiben soll. Obwohl schon beim aktuellen Haushalt 2015 in Absprache mit der LIGA Kürzungen in diesen Bereichen vorgenommen wurden.“, sagt Pfau, die auch Kreisvorsitzende der Partei ist.

„Es macht mich wütend, dass nicht nur die Arbeit darunter leiden wird, sondern auch, dass der Landkreis damit Arbeitsplätze vernichtet und das in Kooperation mit einer Partei, die anscheinend das Sozial in ihrem Parteinamen schon lange vergessen hat. Die aktuellen Forderungen der LIGA sind vollumfänglich zu unterstützen!“ so Pfau weiter.

aus dem	Mitgliederversammlung im Göltzschtal	S. 2
Inhalt:	Multifunktionshalle für Plauen?.....	S. 4
	Barrierefreiheit ist kein Luxus.....	S. 6
	Meinungen.....	S. 7

DIE LINKE.

MITGLIEDERVERSAMMLUNG IM GÖLTZSCHTALVERBAND

Am 07.07.2015 führten wir im Göltzschtalverband unsere Mitgliederversammlung mit 21 Genossinnen und Genossen durch.

Zu Beginn bedankten wir uns nochmals bei den Wahlhelfern und besonders bei Käty Mothes für den engagierten Einsatz bei der Wahl des Bürgermeister in Falkenstein

Käty hat zu keinem Zeitpunkt enttäuscht. Sicher hätten wir uns mehr Stimmen gewünscht. Es ist aber auf alle Fälle von positiver Wirkung, dass sich jeder überzeugen konnte, dass es in unserer Partei junge und zielstrebige Frauen gibt, die unsere Politik vertreten. Sie kann im Stadtrat und dem Kreisvorstand weitere Erfahrungen sammeln und bei den kommenden Wahlen gewinnen.

Genossin Wolff stellte uns in Auswertung der Landesratssitzung die Bestrebungen vor, die Zusammensetzung des Landesrates zu verändern. Einstimmig befürworteten wir das Modell mit der bisherigen Zusammensetzung. Aus den Kreisverbänden: 30 Mitglieder, landesweite Zusammenschlüsse: 13 Mitglieder, Landesjugendtag: 1, Senioren: 1 Die Vorstellungen 22 Vorstandsmitglieder und 6 aus der Fraktion lehnen wir ab.

Wir sehen darin eine wesentliche Einschränkung der Mitwirkungsmöglichkeiten aus der unmittelbaren Basis und die Gefahr, dass die Entwicklung unseres Landesverbandes von Funktionären dominiert wird. Wir sind auch der Auffassung, dass entsprechend den anderen Landesverbänden für den Landesrat die Konsultativ-, und Kontrollfunktion festgeschrieben wird und nicht nur das Recht. Die Mitgliederversammlung fasste den Beschluß, ein entsprechendes Schreiben an den Landesvorstand zu senden. In einem Schreiben an die Bundesschiedskommission soll die Situation geschildert und um eine Meinungsäußerung gebeten werden.

In der weiteren Diskussion standen Fragen zur weiteren Entwicklung unserer Partei im Mittelpunkt. Besonders unter welchen Bedingungen Regierungsbeteiligung erfolgen soll. Gelten die Beschlüsse des Erfurter Parteitages noch, die immerhin durch einen Mitgliederentscheid bekräftigt wurden, oder sollen die verhandelnden Genossen über Kompromisse entscheiden. Kontroverse Diskussion gab es zu den Ausführungen von Gysi und die Befürchtungen, unsere Partei könnte sich in Richtung SPD entwickeln. Mich hat persönlich besonders die Einschätzung zu den positiven Seiten des Kapitalismus irritiert.

Bei der Bewertung, die höhere Produktivität der kapitalistischen Produktion sei besonders erstrebenswert, wurde außer acht gelassen, dass dazu vor allem die Ausbeutung der Menschen und der Bodenschätze in den ärmsten Ländern in Asien und Afrika beiträgt. Das sind alles kapitalistische Länder. Und selbst in den entwickelten Industriestaaten geht es immer mehr Menschen sehr schlecht. Wir dürfen doch nicht immer nur von der Situation in Deutschland ausgehen. Was nützt denn die Produktion von Überschüssen, wenn sie vorwiegend der Gewinnmaximierung der Konzerne dient.

Für mich ist es erschreckend, dass der Gedanke der Solidarität bei einer wachsenden Anzahl von Menschen vom Egoismus überdeckt wird. Das zeigt auch ganz aktuell die Haltung gegenüber dem griechischen Volk. Die Armen sollen noch mehr leiden, damit die Banken ihr Kapital mehren.

Ursula Mieth - Auerbach

**Ich brauche
DICH!**

Eine gute Zeitung braucht gute Leute!

DRINGEND GESUCHT:

- * Korrekteure
- * Autoren
- * Redakteure

Der Vogtlandbote



Wir brauchen eure Artikel!

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe
19. August 2015

Sendet uns eure Beiträge an:

redaktion@dielinke-vogtland.de

BÜROS DER LINKEN ALS ANLAUFPUNKTE

für Menschen in Not

In ihrer letzten Zusammenkunft hat die Regionalgruppe Vogtland der LAG Hartz IV unter anderem den Leit Antrag an den 12. Landesparteitag diskutiert. Das Ergebnis ist folgender Ergänzungsantrag:

"Als Partei der sozialen Gerechtigkeit muss sich DIE LINKE verstärkt bemühen, Menschen, die ins soziale Abseits gedrängt wurden, aus ihrer gesellschaftlichen Isolation zu holen und sie für die Teilnahme am gesellschaftlichen und politischen Leben zu gewinnen oder wiederzugewinnen. Von sozialer Not Betroffene müssen erleben, dass die Linkspartei vielen von ihnen helfen kann, ihre Lebenssituation zu verbessern, z.B. dadurch, dass sie jene über ihre Rechte informiert und sie bei der Durchsetzung ihrer Rechte unterstützt. Das kann auch ihr Selbstvertrauen stärken und ihr Verständnis für linke Politik wecken oder vertiefen. Das Projekt "Links hilft" ist dabei ein wichtiger Ansatz: Partei- und Abgeordnetenbüros sollen umfassender für Sozial- und Rechtsberatung genutzt und damit verstärkt als öffentliche Stätten und Anlaufpunkte für sozial Benachteiligte wahrgenommen wer-

den. Landesvorstand und Kreisvorstände sollen in Zusammenarbeit mit unseren Landtagsabgeordneten, den sächsischen Bundestagsabgeordneten und ihren Mitarbeitern dafür die Voraussetzungen schaffen."

Wir begründen unseren Antrag folgendermaßen:

"DIE LINKE trägt in besonderem Maße Verantwortung für diejenigen, die ganz besonders Opfer der sozialen Spaltung im modernen Kapitalismus geworden sind: Aufstocker, Arbeitslose, Empfänger von Sozialhilfe und Grundsicherung im Alter. Viele von ihnen erleben ihre Situation als perspektivlos, leiden unter der Stigmatisierung durch die Mehrheitsgesellschaft, resignieren und ziehen sich in private Nischen zurück. Zunehmend fühlen sie sich auch von der LINKEN im Stich gelassen.

Trotzdem ermittelte Horst Kahrs in Auswertung der Landtagswahl 2014, dass neben Rentnern gerade Arbeitslose unsere Partei überdurchschnittlich gewählt haben (Kahrs: "Degrowth" bei der Linken, 2014). Dass dieser

Trend ohne zusätzliche Maßnahmen anhält, ist unsicher. Zu beobachten ist, dass dort, wo DIE LINKE Rechts- und Beratungshilfen anbietet, in Tafeln und Kleiderkammern engagiert ist und dadurch öffentlich in Erscheinung tritt, relativ gute Wahlergebnisse erzielt wurden.

Deshalb ist es wichtig, die Maßnahmen, die der Landesvorstand in seinem Beschluss "Projekt 'Links hilft'" vom 27.02.2015 festgelegt hat, konsequent umzusetzen: Bitte an die Abgeordneten, in ihren Büros Möglichkeiten zur Durchführung von Sozialberatungen zu schaffen, Gewinnung von Genossinnen und Genossen, die diese Sozialberatungen durchführen, Angebot von Qualifizierungen, Gewinnung eines Rechtsanwaltes/ einer Rechtsanwältin zur Begleitung im Sinne des Rechtsdienstleistungsgesetzes, u.a. Offene Parteibüros für Sozial- und Rechtsberatung können dazu beitragen, dass unsere Partei weniger in ihrer Zerstrittenheit, sondern wieder mehr in ihrer sozialen Funktion als unverzichtbar wahrgenommen wird.

Dr. Dorothea Wolff - Auerbach

DIE FREUDEN UND DIE SORGEN EINES ORTSVORSITZENDEN!

DIE LINKE will echte Demokratie – geht das ohne Deine/Ihre Mitwirkung?

Zu meiner Freude verstärken allein seit Mai 2014 bisher vier neue Mitglieder unseren Ortsverband Treuen-Lengenfeld. Zur letzten MV erklärten weitere zwei Teilnehmerinnen, dass sie sich mit dem gleichen Gedanken beschäftigen. Optimismus ist also angebracht! Von den vier Neumitgliedern erklärten drei ihren Parteieintritt über das Internet! Das ist das Neue! Bloß gut, dass wir „Alten“ uns vor diesem Medium nicht scheuen – auch wenn Facebook oder Twitter „nicht unser Ding“ sind- das „einfache Internet mit Mail“ genügt uns (noch?)! Was erwarten nun „die Neuen“ von uns „Alten“? Unsere Neumitglieder waren bei Eintritt 29, 36 und 37 Jahre alt. Es waren also bewusste Entscheidungen. Für mich und viele andere Mitglieder ist es einfach eine Freude und es begeistert uns, wie unsere „Jungen Wilden“ Sandra und Stefan weder Zeit noch private Kosten abhalten, sich zur Meinungsbildung der LINKEN einzubrin-

gen. Sie fahren, aus Interesse und aus Lust, die LINKE zu unterstützen, zu Veranstaltungen nach Berlin und Dresden. Sie setzen sich für Veränderungen in Form und Inhalt im Mitgliederleben vor Ort ein. Sie wollen die Welt verändern! Gut so! Große Hoffnung setzte ich in das Vorhaben unserer jungen Mitglieder, in Kürze eine Facebook-Seite für unseren Ortsverband Treuen-Lengenfeld in's Netz zu stellen. Also nur Freude in Treuen-Lengenfeld?

Was bereitet mir Sorgen? Die jungen Mitglieder wissen, dass viele Genossen wegen Krankheit und Alter nicht mehr an Aktionen teilhaben können. Aber: Sie erwarteten schon, dass mehr Mitglieder an MV teilnehmen. Sie wollten die Mitstreiter auch mal persönlich kennen lernen, von deren Erfahrungen und Meinungen hören und lernen. Das ist doch gut so! Sie riefen sogar zusätzlich zur schriftli-

chen Einladung einige Mitglieder persönlich an. Mir kommt es so vor, als ob sich einige „alte“ Mitglieder nicht nur die „Gepflogenheiten“ der SED-Mitgliedschaft abstreiften, sondern gleich noch in ein anderes Extrem wandelten. Nach dem Motto, ich bin doch nicht mehr verpflichtet, zu gemeinsamen Versammlungen zu kommen. Mir scheint, dass manche Mitglieder die Gemeinschaft der Mitstreiter in einer Partei nicht mehr so wichtig finden. Das ist schade und führt dazu, dass wichtiges Hintergrundwissen für eigene Beurteilungen und Einschätzungen für politische Zusammenhänge oft fehlt. Ich wünsche mir also, dass sich alle Mitglieder, denen es nach Alter und Gesundheit durchaus „zugemutet“ werden kann, wieder am Mitgliederleben beteiligen.

Peter Jattke - Ortsvorsitzender

BRAUCHT PLAUEN EINE MULTIFUNKTIONSHALLE?

Zur letzten Stadtratssitzung in Plauen am 30.06.15 wurde der Antrag der CDU-Fraktion um Erweiterung des EFRE-Gebietes bis zum Neustadtplatz für die Errichtung einer Multifunktionshalle behandelt. Schon im Vorfeld gab es dazu viel Diskussion. Mehrfach wurde durch die Verwaltung und auch von unserem Stadtrat Klaus Jäger darauf hingewiesen, dass mit einer Erweiterung des bisherigen Fördergebietes die Gefahr, besteht überhaupt keine Förderung zu erhalten. Damit wäre die Aufwertung des Gebietes in der Elsteraue – einschließlich Weißbachsches Haus und Hempelsche Fabrik – auf weitere Jahre verschoben. Mehrfach wurde die Eigeninitiative von Herrn Märtner begrüßt, eine Multifunktionshalle für die Kultur und den Sport zu errichten und zu betreiben, aber nicht mit EFRE-Mitteln.

Allerdings haben ich und auch andere Fraktionsmitglieder Bedenken, dass Plauen an diesem Standort eine so große Halle braucht. Diese Halle soll

bis zu 4.000 Zuschauer fassen, was zusätzliche 800 Stellplätze laut Vorschrift verlangt. Da wird es schon auf dem Neustadtplatz eng. Des Weiteren brauchen wir zwei Zwei-Felder-Sporthallen für Plauener Schulen. Besonders dringend ist das am Lessing-Gymnasium, wo seit Jahren um eine Lösung für eine größere Sporthalle gekämpft wird. Hier wäre die Halle während der Unterrichtszeit voll ausgenutzt. Auf meine Nachfrage, warum dann dort nicht versucht wird eine größere Halle zu errichten und eine gemeinsame Lösung mit Herrn Märtner zu finden, gab der Oberbürgermeister folgende Antwort: "Herr Märtner möchte auch aus umwelttechnischen Gründen nah an der Elster bauen." Ein weiterer kritischer Punkt ist für mich, das fehlende Nutzungs- und Betreiberkonzept. Was, wenn die Halle erbaut wird, aber sich im Endeffekt nicht rechnet. Nicht zu vergessen die größeren Mehrzweckhallen in der näheren Umgebung (Hof, Markneukirchen, Zwickau, Greiz). Sicher wäre das

ein Risiko für Herrn Märtner und den späteren Betreiber. Aber diese Aussagen befriedigen mich nicht, denn es wäre besser, diese Eigeninitiative würde sich am Ende für alle Beteiligten auch lohnen und rechnen.

Die CDU hat ihren Antrag zurückgezogen und den Antrag der SPD/Grünen-Fraktion unterstützt, für das Gebiet ein baurechtliches Verfahren einzuleiten, ohne EFRE-Mittel. Unsere Fraktion hat mehrheitlich auch diesen Antrag wegen des Standortes und der eventuellen finanziellen Belastungen des städtischen Haushaltes abgelehnt.

Petra Rank - Plauen

ERKLÄRUNG ZU DEN KÜRZUNGSBESCHLÜSSEN für die Jugend- und Sozialarbeit

Der Kreistag des Vogtlandkreises hat mit seinen Ausschüssen in den letzten Jahren eine manifestierte Beschlusslage für den Bereich der Jugend- und Sozialarbeit geschaffen.

Grundlage hierfür sind die Jugendhilfe- und Sozialplanung und der Kreispsychiatrieplan.

Dabei werden Bedarfslagen und deren Entwicklungen ermittelt und auf Veränderungen reagiert. Sowohl im Jugendhilfeausschuss als auch im Gesundheits- und Sozialausschuss werden diese Pläne adäquat der Bedarfssituationen und den Veränderungen fortgeschrieben.

Die beiden Fraktionen der CDU und SPD haben einen Tag vor der Kreistagssitzung einen Antrag mit Maßnahmen zu Kürzungen unter anderem auch bei den Jugendhilfe- und Sozialausgaben eingebracht und beschlossen. Die Maßnahmen konnten aufgrund der Kurzfristigkeit weder bei allen Kreis-

tagsmitgliedern, in den Gremien des Kreistages, noch mit den Sozialverbänden diskutiert werden. Die Liga der Freien Wohlfahrtspflege stellt fest, der Weg demokratischer Fairness ist scheinbar bewusst verlassen worden. Das Vertrauen in die politische Arbeit des Kreistages ist stark beschädigt.

Zudem war der eingebrachte Antrag weder fachlich qualifiziert, noch hat er die vorhandene Beschlusslage und auch komplexe zusammenhängende Fördermodalitäten berücksichtigt.

Wir gehen davon aus, dass die Verwaltung des Vogtlandkreises wider aller fachlichen, planerischen und fiskalischen Vernunft den politischen Willen des Kreistages umsetzen, und die Kündigungen vieler Versorgungsverträge der Jugend- und Sozialarbeit mit den Trägern ausfertigen musste.

Die Liga der Freien Wohlfahrtspflege fordert deshalb eine unverzügliche Rücknahme des Kreistagsbeschlusses

sowie die Rücknahme der Vertragskündigungen mit den Trägern um den sozialen Frieden im Vogtlandkreis im Sinne eines zukunftsorientierten und familienfreundlichen Vogtlandes nicht zu gefährden.

Die Liga wird diesbezüglich in den nächsten Wochen ihren Protest durch gezielte Aktionen in der Öffentlichkeit bekräftigen.

*Liga der Freien Wohlfahrtspflege im
Vogtlandkreis*

CDU: IN PLAUEN SO! - IM KREIS SO!

Ende Juni äußerte die Plauener CDU-Fraktion in der lokalen Presse, dass die Beteiligung des Vogtlandkreises am Theater Plauen-Zwickau wünschenswert wäre. Muss bei einer solchen Verlautbarung nicht ernsthaft hinterfragt werden, warum dann durch die Mehrheit von CDU und SPD im Kreistag ein Antrag zur Beteiligung an der Finanzierung zum Theater Plauen-Zwickau abgelehnt wurde? Dies wäre ein klares Bekenntnis zum Vogtlandtheater gewesen! Allerdings stimmten sogar Plauer CDU-Stadträte im Kreistag gegen den von der LINKEN gestellten Antrag.

Dazu erklärt Petra Rank, Stadträtin Fraktion DIE LINKE Plauen: "Ist es nicht sehr scheinheilig, wenn immer in der

Öffentlichkeit die Unterstützung des Theaters versichert wird, aber die Abstimmung im Kreistag dazu ganz gegenteilig ausfällt?

Auf unsere Anfrage im anschließenden Stadtrat, wie sich diese Entscheidung des Kreistages auf die zukünftigen Verhandlungen zur Mitfinanzierung des Theaters Plauen-Zwickau auswirken, erhielten wir keine befriedigende Antwort. Im Gegenteil, der Oberbürgermeister machte deutlich, dass Anträge, die von kleineren Fraktionen im Kreistag gestellt werden, keine Chance haben die Mehrheit zu finden.

Unserer Meinung nach bleibt hier die Sachpolitik auf der Strecke und leider auch die Ehrlichkeit mancher Politiker."

STUFENREICHER BESUCH DER „OASE“



Im Plauer Ortsteil Chrieschwitz baut die Stadt eine neue Treppe zum Betreten der ersten Etage des Jugendzentrums „Oase“. Was die Stadt aber bei der Planung dieses Bauvorhabens vergessen hatte, war, dass durch den Neubau die Einrichtung immer noch nicht barrierefrei ist. RollstuhlfahrerInnen, Menschen mit Kinderwagen und Menschen, die mit Fahrrad, Inlineskater oder Roller kommen, können nur über einen Umweg den Jugendtreff besuchen. Dies fiel auch Petra Rank und mir bei einem Besuch eines Wahlforums auf. In der Stadtratssitzung am 02.06. stellte Petra Rank als Stadträtin unserer Partei folgende Anfrage: „Ist im Zuge der Sanierung der Treppe am Jugendzentrum „Oase“ ein behindertengerechter Ausbau möglich?“

In der Beantwortung der Verwaltung heißt es, dass ein behindertengerechter Ausbau auf Grund des Gefälles der Treppe nicht möglich ist. Dies könnte nur über zwei Rampen und einem Zwischenpodest ermöglicht werden. Die geschätzten Kosten belaufen sich auf 35.000 Euro, welche im städtischen Haushalt nicht vorhanden sind.

Da muss man sich die Frage stellen, warum Geld für sinnlos Investitionen wie zum Beispiel die Polleranlage am Altmarkt, aber nicht für einen ebenen Zugang zu einem Jugendzentrum vorhanden ist, welches viele junge Besucher mit einem Fahrrad besuchen.

André Hegel - Plauen

NEIES VON DR META

De Meta un iehr Plauische Freindin, de Neideiteln hamm siech bei denn scheen Sommarwetter ne Freitooch frieh in dar Talsperr in Pöhl getroffen. Nachdem se e Stund um de Talsperr spaziert woarn, sei se aufs Schiff gange un hamm e Talsperrrundfahrt mietgemacht. E freindliche Bedienung hott denn zwaa Weiblen glei Kaffee un Kuhng gebracht, der denn Zween geschmeckt hott.

„Nu, woas gibbsn Neies bei eich in Plaue?“ Froocht se iehr Freindin. „Ne Samstooch ohmd woar iech miet mein Maa in Plaue bei dar Museumsnacht untarweechs un es woar sehr schee, woas dortn alles gebotn worn is. Mier warn im Museum, in dar Schaustickarei un a bei de Weberheiser.“

Ieberall hotts uns gefalln, bloos vor ne „Fuchsbau“, woas ses neie Landratsamt is, hammar e Pleite arlebbt. Mier wollten doch aa moll seh, woas miet unnern Steiergeld dortn gebaut werd.

Obwohls erscht kurz nooch Neine woar, hamm se uns nimmer nei gelessen. Die hamm ner hunnertfufzich Kartn schaa vorneweg varkaaft. Iech mecht ner wissen, wo, wann un an wen se die varkaaft hamm?

De Bürohengste vom Amt hättn aa e moll länger de intressiertn Leit durchs des neie Haus führn kenne. Aber dennen woars wichtischer, dess se beizeitn darhaam sieh widder miet iehrnfett Arschauf Kannepee praatschn konntn!

Die seltn siech an de vielen Ehrnamtlichen e Beispiel nemme, die ihre Einrichtungen bis in de Nacht nei wunderbar präsentiert hamm!“

Dieter Riedler - Leubnitz

BARRIEREFREIHEIT

Selbstverständlich und kein Luxus

Es gibt Menschen, die können die Worte „Barrierefreiheit“ und „Inklusion“ schon nicht mehr hören. Und doch erlebe ich immer wieder, dass das Reden darüber etwas völlig anderes ist als das Mitdenken desselben. Denn das setzt ein Bewusstsein dieser Problematik voraus, das allen Beteuerungen zum Trotz noch nicht da ist oder zumindest nicht in dem Maße, wie es wünschenswert wäre.

Immer wieder erstaunt mich, dass offenbar alle anderen alt werden, nur nicht der Mensch, mit dem man sich gerade über Barrierefreiheit unterhält. Einerseits besteht gar keine Frage darüber, dass jeder das Recht haben muss, sein Leben selbstbestimmt so lange führen zu dürfen, wie er es für richtig hält. Andererseits kostet es zu viel Geld, einen Aufzug anzubauen und irgendwie komme man die Treppe ja noch hoch. Dass andere aufgrund eines Rollstuhls nie und nimmer die Chance haben, die erste Etage zu erreichen, wird an dieser Stelle ausgeblendet. Lebhaft in Erinnerung ist mir auch das leidenschaftliche Plädoyer eines über Achtzigjährigen gegen den Anbau eines Fahrstuhls an sein Haus, denn so ein Umbau sei einem Menschen in seinem Alter einfach nicht zuzumuten und seinen in etwa gleichaltrigen Hausbewohnern auch nicht. Auf meine Bemerkung hin, dass womöglich nur ein Aufzug ihn in die Lage versetzen wird, möglichst lange in seiner Wohnung zu bleiben, wurde überhört. Nein, die Aufregung und der Lärm und der Dreck stünden in keinem Verhältnis zu dem Nutzen. Punkt.

Solche und ähnliche Diskussionen kenne ich zur Genüge. Fakt ist, dass es im Vogtland derzeit zu wenige barriere-

freie Wohnungen gibt. Fakt ist auch, dass es überall im Landkreis Gebiete gibt, die mit einem Rollstuhl oder einer Gehhilfe, aber auch mit einem Kinderwagen nur schlecht zu bewältigen sind. Und da sprechen wir nur über Menschen, die eine Mobilitätseinschränkung haben. Noch nicht berücksichtigt sind diejenigen, die aufgrund einer Hör- oder Sehbehinderung Hilfe zur selbstbestimmten Teilhabe brauchen.



Doch was ist das überhaupt, selbstbestimmte Teilhabe? Nicht mehr und nicht weniger als dass jeder die Möglichkeit haben muss, sich allein und ohne fremde Hilfe (!) in seiner Umwelt zurechtzufinden. Das erweitert den Begriff „Barrierefreiheit“ um einige Dimensionen mehr.

Für eine Stadt oder einen Landkreis bedeutet das: gute Erreichbarkeit der öffentlichen Einrichtungen – und dazu zählen auch die Kultureinrichtungen – mit Bus und Bahn, eine allgemein verständliche Beschilderung im öffentlichen Raum, gut befahrbare Wege, akustische Signalanlagen und Tastfelder für Menschen mit Sehbehinderung, optische Signalanlagen für Menschen mit Hörbehinderung. Nicht zu vergessen barrierefreie öffentliche Toiletten in ausreichender Zahl. Auch in Sachen Tourismus gibt es noch Nachholebedarf. Barrierefreie Hotelzimmer sind noch längst kein Standard. Ein weiteres wichtiges Feld ist die Nahversorgung. Immer wieder schließen kleinere Supermärkte, so dass die Wege für die Anwohner zum nächsten Laden ungleich länger werden. Da ist es wichtig, dass zumindest der öffentliche Personennahverkehr so gestaltet ist, dass Geschäfte erreichbar bleiben.

Ich will nicht verhehlen, dass all das Geld kostet, zum Teil in nicht unerheblichem Maße. Aber es ist eine Entscheidung für die Zukunft, die wir in diesem Sinne verantwortlich treffen sollten. Barrierefreiheit ist auch heute schon bequem für all diejenigen, die nicht auf sie angewiesen sind. Für die anderen ist sie die Garantie dafür, am gesellschaftlichen Leben teilnehmen und sich einbringen zu können. Das sollte uns so wichtig sein, dass wir Barrierefreiheit als etwas Selbstverständliches mitdenken. Denn sie ist – auch wenn uns das an der einen oder anderen Stelle immer wieder suggeriert werden soll – kein Luxus.

Katrin Pritschka

MANCHMAL SCHÄMT MAN SICH

für seine Mitmenschen

Im Zuge der Geschehnisse in Freital schämt man sich in letzter Zeit immer häufiger in Sachsen zu leben, Sachse zu sein. Immer wieder gehen Bilder durch die Nachrichten und durchs Internet, in denen die „besorgten Bürger“ im typischen Dialekt über die „Schmarotzer“ oder „das kriminelle und faule Gesindel“ wettern und dabei die ärmsten Menschen in unserem Land meinen, nämlich die Flüchtlinge. Ich frag mich dabei jedoch auch immer, woher kommt dieser Hass, dieser „Futterneid“. Kein Mensch wird als Rassist geboren. Es sind die Lebensumstände, das Umfeld und natürlich auch die Erziehung, die einen dazu machen. Warum ist es dann ausgerechnet im Osten Deutschlands so ausgeprägt, warum besonders in

Sachsen?! Weil hier eine unmenschliche Politik betrieben wird, weil man fürs Ego eines Finanzministers notwendige Ausgaben zurückhält, weil man lieber bei der Jugend und im Sozialen spart, als Prestigeprojekte fallen zu lassen, weil man den Osten und Sachsen speziell zum Billiglohnland macht und damit den arbeitenden Menschen jegliche Würde nimmt. Weil man den Menschen, die keinem dieser ausbeuterischen Unternehmen unterstehen wollen und deshalb arbeitslos sind, das Gefühl gibt, nicht wert zu sein und sie deshalb drangsaliert von früh bis spät. Und wenn man dann so ein Mensch, der wie der letzte Dreck behandelt wird, dann andere arme Menschen vor die Nase setzt, dann entsteht eben schnell

ein „Futterneid“. In allererster Linie sollten wir natürlich die Fluchtursachen bekämpfen. Dass hilft allen. Wenn uns als Deutsche das aber nicht oder nicht gleich gelingt, dann haben wir aber zumindest einen Einfluss darauf, dass der Futterneid im eigenen Land verschwindet. Wenn endlich gleiche Bedingungen in Ost und West herrschen würden, dann würden die Rattenfänger von Nazis bei den Menschen auch keinen Fuß mehr in die Tür bringen.

„Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch“, und offensichtlich hat die CDU in diesem Land eine Menge Spaß am befruchten.

Maik Schwarz - Jöbnitz

immer einen Besuch wert:

www.dielinke-vogtland.de

ES KANN DER FRÖMMSTE NICHT IN FRIEDEN LEBEN..."

... schon gar nicht da im Iran als Islamist, wenn es dem absolutistischen Herrscher Netanjahu im jüdischen Israel nicht gefällt. Sieht man doch dort die selbstbestimmte Allmacht gegenüber den Nachbarstaaten bedroht. Dabei geht doch diese Bedrohung seit Gründung dieses Staates (im Alleingang durch Ben Gurion 1948 mit freundlicher Duldung durch Europa gegen die Interessen Palästinas - nach Ende des zweiten Weltkrieges doch unter anderen Erwartungen erfolgt) von eben dort aus. Hat sich Israel doch - vor allem auch durch deutsche finanzielle und militärische Hilfe - zum gewalttätigen Despoten aufgeschwungen. Den dort seit ewigen Zeiten ansässigen Palästinäusern - wenn gleich auch nicht in so drastischer Weise - das angetan, was ihren Vorfahren einst wiederfahren war: In Ghettos gehalten, entrechtet, mit ständig neuem Siedlungsbau das wenig verbliebene Land gestohlen. Ein zerbombter Gaza-Streifen - brutal, rücksichtslos, unmenschlich - selbst auf Krankenhäuser, Schulen, Kindergärten nahm man keine Rücksicht.

Nun endlich hat man, nach einem guten Jahrzehnt, eine Einigung im Atomstreit mit dem Iran erreicht. Mit dem Ziel, daß die Iraner in ihren Forschungsanlagen die Urananreicherung nur in beschränktem Maße vornehmen dürfen. Um zu vermeiden, daß man dort vielleicht irgendwann eine Atombombe bauen könnte. Nun hätte man dies - wie nachgewiesen - nie vor und die Kontrolle durch die UNO hatte man stets ermöglicht - wenn gleich durch die USA gar zu Spionagezwecken ausgenutzt. Nun endlich ist die Einigung erfolgt - die Sanktionen, die doch einzig dem einfachen Volk geschadet haben, werden wohl endlich nach und nach aufgehoben, die reichen Erdölvorkommen dem Wohlstand des Landes wieder zugänglich. Die Welt atmet auf. Naja, nicht die ganze, kommt doch gewaltiges Störfeuer aus (quasi mit von Deutschland gelieferten Waffen) Saudi-Arabien und Israel.

Hatte doch Netanjahu bereits des öfteren angekündigt, den Staat Iran von der Landkarte zu löschen - ausradieren, sozusagen (Woher kommt mir

diese Vokabel nur so bekannt vor?) Da sollen die Iraner nicht einmal Uran anreichern dürfen für zivile - vorrangig medizinische Zwecke. Und das - umgeben von Atommächten wie Indien, Pakistan, Türkei - allen voran aber eben Israel! Welch seltsame Logik. Hatte letzterem nicht ausgerechnet Deutschland ein weiteres von sechs Kriegs- U-Booten geschenkt, vorgesehen für die Bestückung mit Atomraketen? Verstehe ich doch durchaus auch die Sorgen der Nachbarstaaten aus deren eigener Erfahrung.

Und was das geschundene Volk der Palästinäuser da in ihrem jüdischen Ghetto betrifft, würde ich es gern mit Friedrich Schiller halten, aus "Wilhelm Tell" : "Wenn der Gedrückte nirgends Recht kann finden, greift er getrost den Mutes zu den Steinen und holt herunter seine ehernen Rechte"

Was dann durchaus deren Recht wäre. Oder?

Jürgen Böhm - Schöneck

LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

In Briefen an unsere Redaktion werden verschiedene Dinge am Vogtlandboten kritisiert, manche auch vollkommen zurecht. Allerdings geschieht dies nicht immer in einer sachlichen Art und Weise.

Aus diesem Grund möchten wir als Redaktion nochmals auf einige Dinge hinweisen:

1.) Die Redakteure sind alle keine professionellen Medienmacher. Jedoch bemühen wir uns ständig besser zu werden und freuen uns deshalb über sachliche Kritik.

2.) Die Redakteure erstellen den Vogtlandboten im Ehrenamt, neben ihrer beruflichen Tätigkeit und den weiteren Aufgaben, welche sie in unserer Partei und für die Partei übernommen haben.

3.) Das Erscheinungsdatum des Vogtlandboten ist in der Regel der erste Montag im Monat. Dies bedeutet, dass wir bemüht sind, die Exemplare an diesem Tag in der Plauener Geschäftsstelle und dort für die einzelnen Ortsverbände vorbereitet zu haben. Alle Ortsverbände/Privatpersonen, welche den „Boten“ zugeschickt bekommen, erhalten diesen zeitversetzt. Dies kann auch bei einige bis zur zweiten Monatshälfte dauern.

4.) Neben den drei Redakteuren gibt es eine sehr kleine Gruppe an Autoren, welche jedoch gerade so viele Artikel pro Monat produzieren können, um ein Heft zu füllen. Wir freuen uns immer, wenn diese Gruppe wächst.

5.) Momentan haben wir mit unserem Peter Giersich nur einen „Externen“ der die Ausgabe vor dem Druck „Korrektur liest“.

6.) Wer auf seine Veranstaltungen hinweisen möchte, sollte dies (sofern möglich) bereits zwei Monate zuvor der Redaktion mitteilen. Auch hier freuen wir uns über weitere Helferinnen und Helfer.

Um den Vogtlandboten weiter zu verbessern, haben wir uns bereits eines Kritikpunkt angenommen. Einige Leserinnen und Leser wollten gerne eher über die Geburtstage informiert werden. Diesem Wunsch werden wir nachkommen und ab sofort die Geburtstage vom 15. des Erscheinungsmonats zum 15. des Folgemonats veröffentlichen.

Mit freundlichen Grüßen
Eure Redaktionsgruppe

WIR GRATULIEREN

allen Leserinnen und Lesern, die im August ihren Geburtstag feiern können. Besondere Grüße gehen an die Jubilare mit einem „Runden“ und jene, die über 80 Jahre jung werden:

Heinz Gabler	Greiz	03.08.
Helga Möckel	Auerbach	03.08.
Hans Kupfer	Plauen	05.08.
Fritz Claus	Treuen	08.08.
Elsbeth Beck	Zeuthen	16.08.
Rudolf Musch	Plauen	19.08.
Dora Köhler	Klingenthal	21.08.
Brigitte Müller	Auerbach	22.08.
A. Reuter	Klingenthal	27.08.
W. Murrmann	Pausa	30.08.
A. Döhler	Plauen	30.08.
Irene Thurm	Döbeln	04.09.
I. Möckel	Reichenbach	07.09.
M. Ottiger	Plauen	09.09.
Ellen Scherzer	Oelsnitz	13.09.
A. Tremel	Oelsnitz	15.09.

Wir wünschen Glück, Gesundheit und viel Kraft für das neue Lebensjahr.

Der Vogtlandbote

INTERESSANT ?!

"2015 wurden bisher 114.060 Entscheidungen über Asylanträge getroffen davon waren 41.166 (36,1%) positiv."

Quelle: BAMF

Impressum - Der Vogtlandbote

Herausgegeben vom Kreisverband Vogtland der Partei DIE LINKE erscheint monatlich im Selbstverlag. Vertrieb über die Gruppen der Partei DIE LINKE des Vogtlandes. Postzustellung kann erfolgen gegen einen Unkostenbeitrag und Erstattung der Portokosten (gesamt 2,50 Euro). Bankverbindung: Bankverbindung; IBAN: DE58 870580 00 3552 002390, Kontoinhaber: DIE LINKE Vogtland, Verwendungszweck: Spende Vogtlandbote. Anschrift: Vogtlandbote c/o DIE LINKE Vogtland, Bahnhofstr. 49, 08523 Plauen; E-Mail: redaktion@dielinke-vogtland.de. Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 17.07.2015, Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 20.08.2015. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften sinnwährend zu kürzen. Bildquellen direkt am Bild oder eigene. Nachdruck mit Quellenangabe ist erwünscht - Belegexemplar wird erbeten. V.i.S.d.P.: Jan Windisch c/o DIE LINKE Vogtland, Bahnhofstr. 49, 08523 Plauen.

FORDERUNGEN DES DGB ZU HARTZ IV

Abschaffung prekärer Beschäftigung (betr. Aufstocker)
Welche Forderungen unterstützen wir, welche nicht?
Vorlagebeschluss des Sozialgerichtes Gotha beim Bundesverfassungsgericht gegen Sanktionen bei Hartz IV

Wir laden Sie für den

14. September 2015

von 18.00 Uhr bis 19.30 Uhr
in den Klubraum der Auerbacher
AWG

Eisenbahnstr. 32
(Wohnblock hinter der
Geschäftsstelle der AWG im
Auerbacher Neubaugebiet)
zum Bürgerforum ein.

Es sprechen ein Vertreter/in
des DGB (angefragt) und
Mitglieder des Sozialforums
Göltzschtal.

Alle Betroffenen und sozial
engagierten Bürger sind herzlich
eingeladen!!!